

Schülerparlament will mehr Sexualkundeunterricht

Am Internationalen Tag der Demokratie tagte an der Kantonsschule Sarnen ein 20-köpfiges Schülerparlament.

Der 15. September ist der offizielle Internationale Tag der Demokratie. Dies nahm Bernard Krummenacher, Geschichtslehrer an der Kantonsschule Obwalden, zum Anlass, ein Schülerparlament zusammenzustellen. Dabei sollen zwei Vorlagen verabschiedet werden, eine davon geht an die Schulleitung, die andere soll als Petition oder Volksmotion der zuständigen Behörde überreicht werden. «Unser Ziel ist es, den Schülern zu zeigen, dass es sich lohnt, sich politisch zu engagieren und dass man damit etwas bewegen kann», sagt Krummenacher.

Im Vorfeld konnten alle Schüler ihre Anliegen und Wünsche einreichen. Das Schülerparlament bestand aus knapp 20



Engagiert tagte das Schülerparlament. Bild: Manuel Kaufmann (15.9.2021)

Schülern – gemischt aus allen Klassenstufen. Das Tagespräsidium übernahmen Dario Bellwald und Anna Maria Mathis aus der Abschlussklasse. Unter ihrer Leitung wurde jedes der über 100 eingereichten Anliegen überprüft.

Man einigte sich auf vier Anliegen: eine Verbesserung der Infrastruktur für Jugendliche in Obwalden, eine Erweiterung des Sexualkundeunterrichts, geschlechterunabhängige Schulnoten im Sport und die Forderung nach einer Anlaufstelle für Schüler mit seelischen Problemen. Diese erste Anlaufstelle für Schüler mit psychischen Problemen soll von der Schule angestellt, jedoch von der Lehrerschaft unabhängig sein.

Die vier Anliegen wurden in Gruppen ausgearbeitet und vorgestellt. Die anschliessende Abstimmung ergab Folgendes: Das Schülerparlament wird bei der Schulleitung, sofern eine Mehrheit aller Schüler zustimmt, eine Vorlage zur Erweiterung des Sexualkundeunterrichts einreichen. «Sexualität sei ein sehr präsent Thema, das leider immer noch vielerorts ein Tabu ist», sagt Schülerin Anna Maria Mathis. Sexualität soll im Lehrplan besser integriert werden. Das zweite Anliegen, die Forderung nach einer Fachperson für seelische Probleme, wird nächste Woche bei der Staatskanzlei eingereicht.

Manuel Kaufmann